



Botschaft der Regierung an den Grossen Rat

Heft Nr. 7/2016–2017

	Inhalt	Seite
7.	Erlass eines Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Wehrpflichtersatzabgabe	407

Inhaltsverzeichnis

7.	Erlass eines Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Wehrpflichtersatzabgabe	
I.	Ausgangslage	407
II.	Notwendigkeit für den Erlass eines Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Wehrpflichtersatzabgabe	408
III.	Vernehmlassungsverfahren	409
IV.	Erläuterungen zu den einzelnen Bestimmungen	409
V.	Aufhebung der Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über den Militärpflichtersatz	412
VI.	Auswirkungen	412
	1. Finanzielle Auswirkungen	412
	2. Personelle Auswirkungen	412
	3. Auswirkungen auf die Gemeindeaufgaben	412
VII.	Inkrafttreten	412
VIII.	Gute Gesetzgebung	413
IX.	Anträge	413

Botschaft der Regierung an den Grossen Rat

7.

Erlass eines Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Wehrpflichtersatzabgabe

Chur, den 9. August 2016

Sehr geehrter Herr Landespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen hiermit die Botschaft und den Entwurf für den Erlass eines Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Wehrpflichtersatzabgabe.

I. Ausgangslage

Verfassungsmässige Grundlage der Wehrpflichtersatzabgabe (WPE) ist Art. 59 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (BV; SR 101). In Abs. 1 wird festgehalten, dass jeder Schweizer verpflichtet ist, Militärdienst zu leisten und dass auf Gesetzesstufe ein ziviler Ersatzdienst vorzusehen ist. Gemäss Abs. 3 schulden Schweizer, die weder Militär- noch Ersatzdienst leisten, eine Abgabe, die vom Bund erhoben und von den Kantonen veranlagt und eingezogen wird.

Gemäss Art. 1 des Bundesgesetzes über die Wehrpflichtersatzabgabe vom 12. Juni 1959 (WPEG; SR 661) haben Schweizer Bürger, die ihre Wehrpflicht im Militär- oder Zivildienst nicht oder nur teilweise durch persönliche Dienstleistung (Militär- oder Zivildienst) erfüllen, einen Ersatz in Geld zu leisten. Die Ersatzabgabe beträgt drei Prozent des taxpflichtigen Einkommens, mindestens aber 400 Franken (Art. 13 Abs. 1 WPEG).

Die Wehrpflichtersatzabgabe wird unter Aufsicht des Bundes durch die Kantone erhoben (Art. 22 Abs. 1 WPEG). Organisation und Amtsführung der kantonalen Behörden sind, soweit das Bundesrecht nichts anderes bestimmt, durch das kantonale Recht zu regeln (Art. 22 Abs. 4 WPEG).

Gemäss dem Bundesgesetz und der Verordnung über die Wehrpflichtersatzabgabe (WPEV; SR 661.1) haben die Kantone nach der ab 1. Januar 2010 geltenden Fassung des Gesetzes folgende Vorkehrungen zu treffen:

- Bezeichnung der für die Veranlagung der Wehrpflichtersatzabgabe zuständigen kantonalen Behörde (Veranlagungsbehörde; Art. 22 Abs. 1 und Abs. 3, Art. 26 Abs. 4 WPEG, Art. 13 WPEV);
- Bezeichnung der für den Erlass einer Verfügung zur Sicherstellung der Ersatzabgaben des laufenden Jahres und früherer Ersatzabgaben gemäss Art. 36 WPEG zuständigen kantonalen Behörde (Art. 51 Abs. 1 WPEV);
- Bestellung einer von der Verwaltung unabhängigen Rekurskommission für die Behandlung von Beschwerden gegen Einspracheentscheide der Veranlagungsbehörde betreffend Ersatzbefreiung oder Ermässigung der Ersatzabgabe (Art. 22 Abs. 3 WPEG in Verbindung mit Art. 30 Abs. 1 und Art. 31 Abs. 1 WPEG);
- Regelung der Organisation und Amtsführung der kantonalen Behörden (Art. 22 Abs. 4 WPEG in Verbindung mit Art. 31 Abs. 1 WPEG);
- Bezeichnung der für die Behandlung von Beschwerden gegen Entscheide betreffend Gesuch um Erlass der Ersatzabgabe zuständigen richterlichen Instanz (Art. 52 Abs. 2 WPEV);
- Bezeichnung der für den Erlass einer Schriftensperre auf Antrag der kantonalen Behörde für die Wehrpflichtersatzabgabe zuständigen kantonalen richterlichen Behörde (Art. 49 Abs. 2 WPEV).

Die vorstehenden Vorkehrungen wurden bisher vom Kanton nur teilweise getroffen. Der Kanton ist daher gehalten, seine Gesetzgebung den bundesrechtlichen Vorgaben anzupassen.

II. Notwendigkeit für den Erlass eines Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Wehrpflichtersatzabgabe

Die Bestimmungen zum Vollzug der Bundesgesetzgebung über die Wehrpflichtersatzabgabe auf kantonaler Ebene sind derzeit in der vom Grossen Rat am 14. Mai 1960 erlassenen Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über den Militärpflichtersatz (BR 620.200) geregelt.

Gemäss Art. 31 Abs. 1 der Kantonsverfassung (KV; BR 110.100) sind alle wichtigen Bestimmungen durch den Grossen Rat in der Form des Gesetzes zu erlassen. Wichtige Bestimmungen sind unter anderem solche betreffend

Grundsätze von Organisation und Aufgaben der Behörden und Gerichte (Art. 31 Abs. 2 Ziff. 5 KV).

Die gemäss der Bundesgesetzgebung über die Wehrpflichtersatzabgabe vom Kanton vorzunehmende Regelung der Zuständigkeiten und Aufgaben der Behörden hat entsprechend in einem formellen Gesetz zu erfolgen.

III. Vernehmlassungsverfahren

Gemäss Ziff. 2.1.5. der Richtlinien für die Rechtsetzung (von der Regierung genehmigt am 16. November 2010) ist – unter Vorbehalt besonderer zeitlicher Dringlichkeit – ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen, wenn der vorgesehene Erlass die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden berührt oder anderweitig erhebliche politische, wirtschaftliche, finanzielle oder kulturelle Tragweite aufweist oder in erheblichem Mass ausserhalb der kantonalen Verwaltung vollzogen wird.

Da der Regelungsspielraum des Kantons auf die Bezeichnung der zuständigen kantonalen Stellen und die Festlegung ihrer Aufgaben eingeschränkt ist und das Verwaltungsgericht in die Ausarbeitung vorliegenden Gesetzesentwurfs eingebunden war, hat das Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit im Einvernehmen mit der Regierung auf die Durchführung eines Vernehmlassungsverfahrens verzichtet.

IV. Erläuterungen zu den einzelnen Bestimmungen

Art. 1

Für die im Zusammenhang mit dem Vollzug der Wehrpflicht auf kantonalen Ebene anfallenden Aufgaben ist das Amt für Militär und Zivilschutz zuständig. Bei der Wehrpflichtersatzabgabe handelt es sich um eine subsidiäre Form der Erfüllung der Wehrpflicht. Entsprechend ist es angezeigt, das Amt für Militär und Zivilschutz auch für die Veranlagung und den Einzug der Wehrpflichtersatzabgabe und die in diesem Zusammenhang durchzuführenden Verfahren als zuständig zu bezeichnen. Da es sich bei der Wehrpflichtersatzabgabe um eine Abgabe und nicht um eine Steuer handelt, erscheint eine Zuweisung der Zuständigkeit an die kantonale Steuerverwaltung nicht zweckmässig.

Die Zuständigkeit des Amts für Militär und Zivilschutz für die in Frage stehenden Aufgaben entspricht im Übrigen der geltenden Regelung in der Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über den Wehrpflichtersatz.

Das Amt für Militär und Zivilschutz ist erste Instanz für alle vom Bundesrecht dem Kanton übertragenen Aufgaben im Zusammenhang mit der

Veranlagung und dem Einzug der Wehrpflichtersatzabgabe. Die Differenzierung zwischen lit. b und c ist erforderlich, da Art. 30 Abs. 1 WPEG für Verfügungen des Amts betreffend Erlass und Stundung der Ersatzabgabe kein Einspracheverfahren vorsieht. Entsprechende Verfügungen des Amts sind gemäss Art. 52 Abs. 2 WPEV direkt mit Beschwerde an ein oberes kantonales Gericht, das als einzige Instanz entscheidet, anfechtbar. In Art. 3 wird hierfür das Verwaltungsgericht vorgesehen.

Art. 2

Das Bundesgesetz regelt abschliessend den Kreis der Abgabepflichtigen (Art. 1 ff.), die Höhe der Ermittlung des taxpflichtigen Einkommens (Art. 11 f.), die Berechnung der Ersatzabgabe (Art. 13 ff.), die Veranlagung (Art. 25 ff.), die Rechtsmittel (Art. 30 f.), den Bezug der Ersatzabgabe (Art. 32 ff.) sowie die Strafbestimmungen (Art. 40 ff.).

Das bundesrechtliche Veranlagungsverfahren entspricht weitgehend dem Verfahren der kantonalen Steuerveranlagung. Es ist dementsprechend zweckmässig, subsidiär die in Art. 126a ff. des Steuergesetzes für den Kanton Graubünden (BR 720.000) enthaltenen Verfahrensvorschriften für anwendbar zu erklären, soweit das Bundesrecht keine Regelung enthält.

Die Amtshilfepflicht der kantonalen und kommunalen Behörden ist in Art. 24 WPEG umfassend geregelt. Dementsprechend kann auf die Übernahme des Inhalts von Art. 4 der Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über den Militärflichtersatz verzichtet werden.

Art. 3

Das Bundesrecht regelt umfassend und abschliessend die vom Kanton im Zusammenhang mit der Wehrpflichtersatzabgabe zu bestimmenden gerichtlichen Instanzen sowie das Verfahren von diesen Instanzen. Dem Kanton verbleibt nur noch die Bezeichnung der Rekurskommission (Art. 22 Abs. 3 WPEG) beziehungsweise des oberen kantonalen Gerichts (Art. 49 Abs. 2, Art. 51 Abs. 2 WPEV).

Art. 22 Abs. 3 WPEG sieht vor, dass jeder Kanton eine von der Verwaltung unabhängige Rekurskommission zu bestellen hat. Gemäss Art. 166 Abs. 3 des Steuergesetzes für den Kanton Graubünden (BR 720.000) ist das Verwaltungsgericht die Rekurskommission im Sinne des Verrechnungssteuergesetzes (Art. 35 Abs. 2 VStG; SR 642.21) beziehungsweise des Gesetzes über die direkte Bundessteuer (Art. 104 Abs. 3 DBG; SR 642.11) gegen Verfügungen der kantonalen Steuerverwaltung. Da es sich bei Fragen im Zusammenhang mit der Veranlagung und dem Bezug der Wehrpflichtersatzabgabe um analoge Sachverhalte wie bei den vom Verwaltungsgericht als Rekurskommission im Zusammenhang mit den vorerwähnten zwei Bundesgesetzen zu beurteilenden Sachverhalten handelt, ist es angezeigt, das Ver-

waltungsgericht auch als Rekurskommission gegen Verfügungen des Amtes für Militär und Zivilschutz betreffend Wehrpflichtersatzabgabe zu bezeichnen.

In Abs. 1 werden die dem Verwaltungsgericht als Rekurskommission beziehungsweise oberes kantonales Gericht im Zusammenhang mit dem Vollzug der Wehrpflichtersatzabgabegesetzgebung des Bundes obliegenden Aufgaben aufgeführt.

Die Differenzierung zwischen lit. a und b ergibt sich dadurch, dass das Bundesrecht für die Stundung und den Erlass der Wehrpflichtersatzabgabe kein Einspracheverfahren beim Amt für Militär und Zivilschutz vorsieht, und entsprechend Erlass- und Stundungsentscheide direkt mit Beschwerde an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden können.

Die Zuständigkeit des Verwaltungsgerichts für die Beurteilung von Beschwerden gegen Verfügungen des Amtes zur Sicherstellung der Ersatzabgabe ergibt sich aus Art. 36 Abs. 3 WPEG, wonach innert 30 Tagen nach deren Eröffnung bei der kantonalen Rekurskommission Beschwerde geführt werden kann.

Das Verwaltungsgericht ist auch für den Erlass einer Schriftensperre als zuständig zu erklären (lit. d). Gemäss Art. 49 Abs. 2 WPEV hat die kantonale Behörde für die Wehrpflichtersatzabgabe einen Antrag auf Schriftensperre an die kantonal zuständige richterliche Behörde zu stellen, wenn nach Art. 49 Abs. 1 WPEV eine der Voraussetzungen für eine Verweigerung der Ausstellung eines Passes an einen Ersatzpflichtigen gegeben ist.

Gemäss Art. 18 Abs. 1 des Gerichtsorganisationsgesetzes (BR 173.000) tagen die Kammern des Kantons- und des Verwaltungsgerichts in der Regel in der Besetzung mit drei Richterinnen und Richtern. Das Gesetz kann in bestimmten Bereichen eine Fünferbesetzung oder eine einzelrichterliche Kompetenz vorsehen (Abs. 4). Der Erlass einer Schriftensperre stellt einen Verwaltungsakt dar. Eine Vornahme dieses Verwaltungsakts rechtfertigt keine Dreierbesetzung des Gerichts. Anträge auf Erlass einer Schriftensperre (Abs. 2) sollen entsprechend vom Verwaltungsgericht im einzelrichterlichen Verfahren behandelt werden.

V. Aufhebung der Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über den Militärpflichtersatz

Die Bestimmungen der grossrätlichen Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über den Militärpflichtersatz werden durch den Erlass eines Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Wehrpflichtersatzabgabe obsolet, weshalb die Verordnung aufgehoben werden kann.

VI. Auswirkungen

1. Finanzielle Auswirkungen

Der Erlass des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Wehrpflichtersatzabgabe hat für den Kanton und die Gemeinden keine finanziellen Auswirkungen.

2. Personelle Auswirkungen

Der geplante Erlass hat weder für den Kanton noch für die Gemeinden personelle Auswirkungen.

3. Auswirkungen auf die Gemeindeaufgaben

Da die Umsetzung der bundesrechtlichen Vorgaben dem Kanton obliegt, hat der Erlass des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Wehrpflichtersatzabgabe keinen Einfluss auf die Aufgaben der Gemeinden. Es werden den Gemeinden somit weder neue Aufgaben übertragen noch bisherige Aufgaben weggenommen.

VII. Inkrafttreten

Die Behandlung der Vorlage ist für die Dezembersession 2016 vorgesehen. Die Regierung sieht vor, den Erlass bei unbenützter Referendumsfrist auf den 1. Mai 2017 in Kraft zu setzen.

VIII. Gute Gesetzgebung

Die Grundsätze der «Guten Gesetzgebung» gemäss den regierungsrätlichen Vorgaben (vgl. RB vom 16. 11. 2010, Prot. Nr. 1070) werden mit der Revisionsvorlage beachtet. Auf Wiederholungen übergeordneten Rechts wird verzichtet, sofern nicht Aspekte der Lesbarkeit, der Verständlichkeit und des Vollzugs eine Wiederholung erforderlich scheinen lassen.

IX. Anträge

Gestützt auf unsere Ausführungen beantragen wir Ihnen:

1. auf die Vorlage einzutreten;
2. dem Erlass eines Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Wehrpflichtersatzabgabe zuzustimmen;
3. die Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über den Militärpflichtersatz vom 24. Mai 1960 (BR 620.200) aufzuheben.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Landespräsident, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Namens der Regierung
Der Präsident: *Rathgeb*
Der Kanzleidirektor: *Riesen*

Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Wehrpflichtersatzabgabe (EGzWPEG)

Vom [Datum]

Von diesem Geschäft tangierte Erlasse (BR Nummern)

Neu: **620.100**
Geändert: –
Aufgehoben: –

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf das Bundesgesetz über die Wehrpflichtersatzabgabe¹⁾ und auf Art. 31 Abs. 1 der Kantonsverfassung²⁾,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom ...,

beschliesst:

I.

Art. 1 Amt für Militär und Zivilschutz

¹ Das Amt für Militär und Zivilschutz (Amt) ist zuständig für:

- a) die Veranlagung und den Einzug der Ersatzabgabe;
- b) die Beurteilung von Gesuchen um Befreiung, Ermässigung, Erlass und Stundung der Ersatzabgabe;
- c) die Rückerstattung der Ersatzabgabe bei Dienstnachholung;
- d) die Beurteilung von Einsprachen gegen Veranlagungsverfügungen und gegen Verfügungen über die Befreiung von der Ersatzabgabe, die Ermässigung sowie die Rückerstattung der Ersatzabgabe bei Dienstnachholung;
- e) den Erlass einer Verfügung zur Sicherstellung der Ersatzabgabe;

¹⁾ SR [661](#)

²⁾ BR [110.100](#)

-
- f) die Führung eines Registers über alle im Kanton militärisch und zivildienstlich angemeldeten und landesabwesenden Ersatzpflichtigen;
 - g) die Verfolgung und Beurteilung von Widerhandlungen gegen das Bundesgesetz bei Nichterfüllung der Voraussetzungen für die Verhängung einer Freiheitsstrafe;
 - h) die Antragstellung für den Erlass einer Schriftensperre;
 - i) die Verlängerung der Zahlungsfrist für die Ersatzabgabe und die Bewilligung von Ratenzahlungen.

Art. 2 Verfahrensvorschriften

¹ Soweit das Bundesrecht nichts anderes vorschreibt, gelangen die Verfahrensvorschriften des kantonalen Steuergesetzes zur Anwendung.

Art. 3 Verwaltungsgericht

¹ Das Verwaltungsgericht ist zuständig für:

- a) die Beurteilung von Beschwerden gegen Einspracheentscheide des Amtes;
- b) die Beurteilung von Beschwerden gegen Erlass- und Stundungsentscheide des Amtes;
- c) die Beurteilung von Beschwerden gegen Sicherstellungsverfügungen des Amtes;
- d) den Erlass einer Schriftensperre.

² Das Gesuch um Erlass einer Schriftensperre wird im einzelrichterlichen Verfahren behandelt.

II.

Keine Fremdänderungen.

III.

Keine Fremdaufhebungen.

IV.

Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

Die Regierung bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes.

Lescha introductiva tar la lescha federala davart la taxa d'exemziun dal servetsch militar (LI/LTES)

Dals [Data]

Relaschs tangads da questa fatschenta (numers dal DG)

Nov:	620.100
Midà:	–
Aboli:	–

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin la lescha federala davart la taxa d'exemziun dal servetsch militar¹⁾ e sin l'art. 31 al. 1 da la constituziun chantunala²⁾,
sunter avair gi invista da la missiva da la regenza dals ...,

concluda:

I.

Art. 1 Uffizi da militar e da proteenziun civila

¹⁾ L'uffizi da militar e da proteenziun civila (uffizi) è cumpetent per:

- disponer ed incassar la taxa d'exemziun;
- giuditgar dumondas da deliberar, da reducir, da relaschar e da prorogar la taxa d'exemziun;
- restituir la taxa d'exemziun, sch'il servetsch vegn prendi suenter;
- giuditgar protestas cunter decisiuns da taxaziun e cunter disposiziuns davart la deliberaziun da la taxa d'exemziun, davart la reduenziun sco er davart la restituziun da la taxa d'exemziun, sch'il servetsch vegn prendi suenter;
- relaschar ina disposiziun per garantir la taxa d'exemziun;

¹⁾ CS [661](#)

²⁾ DG [110.100](#)

-
- f) manar in register da tut las personas ch'èn annunziadas en il chantun per il servetsch militar u civil, ch'èn obligadas da pagar la taxa d'exemziun e che sa chattan a l'exteriur;
 - g) perseguitar e giuditgar cuntravenziuns cunter la lescha federala, sche las premissas per ordinar in chasti da detenziun n'èn betg ademplidas;
 - h) far la dumonda da relaschar ina bloccada dals documents;
 - i) prolungar il termin da pagar la taxa d'exemziun e permetter il pajament en ratas.

Art. 2 Prescripziuns da procedura

¹ Sch'il dretg federal na prescriba nagut auter, vegnan applitgadas las prescripziuns da procedura da la lescha chantunala da taglia.

Art. 3 Dretgira administrativa

¹ La dretgira administrativa è cumpetenta per:

- a) giuditgar recurs cunter decisiuns da protesta da l'uffizi;
- b) giuditgar recurs cunter decisiuns da relasch e da prorogaziun da l'uffizi;
- c) giuditgar recurs cunter disposiziuns da garanzia da l'uffizi;
- d) relaschar ina bloccada dals documents.

² La dumonda da relaschar ina bloccada dals documents vegn tractada en ina procedura da derschadra singula u da derschader singul.

II.

Naginas midadas en auters relaschs.

III.

Naginas aboliziuns d'auters relaschs.

IV.

Questa lescha è suttamessa al referendum facultativ.

La regenza fixescha il termin da l'entrada en vigur da questa lescha.

Legge d'applicazione della legge federale sulla tassa d'esenzione dall'obbligo militare (LAdLTEO)

Del [Data]

Atti normativi interessati (numeri CSC)

Nuovo:	620.100
Modificato:	–
Abrogato:	–

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visti la legge federale sulla tassa d'esenzione dall'obbligo militare¹⁾ e l'art. 31 cpv. 1 della Costituzione cantonale²⁾,

visto il messaggio del Governo del ...,

decide:

I.

Art. 1 Ufficio del militare e della protezione civile

¹ L'Ufficio del militare e della protezione civile (Ufficio) è competente per:

- a) l'applicazione e la riscossione della tassa d'esenzione;
- b) la valutazione di istanze di esenzione, riduzione, condono e dilazione della tassa;
- c) il rimborso della tassa in caso di sostituzione di servizio;
- d) il giudizio sui reclami contro decisioni di tassazione e contro decisioni sull'esenzione dalla tassa, sulla riduzione nonché sul rimborso della tassa in caso di sostituzione di servizio;
- e) l'emanazione di una decisione sulla costituzione di garanzie per la tassa;

¹⁾ RS [661](#)

²⁾ CSC [110.100](#)

-
- f) la tenuta di un registro di tutti gli assoggettati annunciati nel Cantone secondo le prescrizioni militari e del servizio civile e assenti dalla Svizzera;
 - g) il perseguimento e il giudizio di infrazioni contro la legge federale in caso di mancato adempimento delle condizioni richieste per l'infrazione di una pena privativa della libertà;
 - h) la presentazione di una domanda di emanazione di un blocco dei documenti;
 - i) la proroga del termine di pagamento per la tassa d'esenzione e la concessione di pagamenti rateali.

Art. 2 Norme procedurali

¹ Per quanto il diritto federale non disponga diversamente, trovano applicazione le norme procedurali della legge cantonale sulle imposte.

Art. 3 Tribunale amministrativo

¹ Il Tribunale amministrativo è competente per:

- a) il giudizio su ricorsi contro decisioni su opposizione dell'Ufficio;
- b) il giudizio su ricorsi contro decisioni di condono e di dilazione dell'Ufficio;
- c) il giudizio su ricorsi contro richieste di garanzie dell'Ufficio;
- d) l'emanazione di un blocco dei documenti.

² La domanda di emanazione di un blocco dei documenti viene trattata nella procedura con giudice unico.

II.

Nessuna modifica in altri atti normativi.

III.

Nessuna abrogazione di altri atti normativi.

IV.

La presente legge è soggetta a referendum facoltativo.

Il Governo stabilisce la data dell'entrata in vigore della presente legge.

Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über den Militärpflichtersatz

Ausserkraftsetzung vom [Datum]

Von diesem Geschäft tangierte Erlasse (BR Nummern)

Neu: –
Geändert: –
Aufgehoben: **620.200**

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf das Bundesgesetz über die Wehrpflichtersatzabgabe und Art. 32 Abs. 1
der Kantonsverfassung,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom ...,

beschliesst:

I.

Der Erlass "Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über den Militärpflichtersatz" BR [620.200](#) (Stand 1. Januar 2011) wird aufgehoben.

II.

Keine Fremdänderungen.

III.

Keine Fremdaufhebungen.

IV.

Diese Aufhebung tritt zusammen mit dem Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Wehrpflichtersatzabgabe (EGzWPEG) in Kraft.

Ordinaziun executiva tar la lescha federala davart la taglia d'exemziun dal servetsch militar

Aboliziun dals [Data]

Relaschs tangads da questa fatschenta (numers dal DG)

Nov:	–
Midà:	–
Aboli:	620.200

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin la lescha federala davart la taxa d'exemziun dal servetsch militar e sin l'art. 32 al. 1 da la constituziun chantunala, suenter avair gi' invista da la missiva da la regenza dals ...,

concluda:

I.

Il relasch "Ordinaziun executiva tar la lescha federala davart la taglia d'exemziun dal servetsch militar" DG [620.200](#) (versiun dals 01-01-2011) vegn aboli.

II.

Naginas midadas en auters relaschs.

III.

Naginas aboliziuns d'auters relaschs.

IV.

Questa aboliziun entra en vigur ensemen cun la lescha introductiva tar la lescha federala davart la taxa d'exemziun dal servetsch militar (LItLTES).

Ordinanza d'esecuzione della legge federale sulla tassa d'esenzione dal servizio militare

Abrogazione del [Data]

Atti normativi interessati (numeri CSC)

Nuovo:	–
Modificato:	–
Abrogato:	620.200

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visti la legge federale sulla tassa d'esenzione dall'obbligo militare e l'art. 32 cpv. 1 della Costituzione cantonale,
visto il messaggio del Governo del ...,

decide:

I.

L'atto normativo "Ordinanza d'esecuzione della legge federale sulla tassa d'esenzione dal servizio militare" CSC [620.200](#) (stato 1 gennaio 2011) è abrogato.

II.

Nessuna modifica in altri atti normativi.

III.

Nessuna abrogazione di altri atti normativi.

IV.

La presente abrogazione entra in vigore insieme alla legge d'applicazione della legge federale sulla tassa d'esenzione dall'obbligo militare (LAdLTEO).

Geltendes Recht

Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über den Militärpflichtersatz

Vom 24. Mai 1960 (Stand 1. Januar 2011)

In Ausführung von Art. 22 Abs. 4 des Bundesgesetzes vom 12. Juni 1959 über den Militärpflichtersatz¹⁾ und gestützt auf Art. 15 Abs. 3 der Kantonsverfassung²⁾

vom Grossen Rat erlassen am 24. Mai 1960³⁾

Art. 1 Aufsichtsbehörde

¹ Die Aufsicht über den Vollzug des Bundesgesetzes über den Militärpflichtersatz steht der Regierung zu.

Art. 2 Kantonale Militärpflichtersatzverwaltung

¹ Als kantonale Militärpflichtersatzverwaltung amtet unter der Leitung des Finanz- und Militärdepartementes das Kreiskommando.

Art. 3 * Veranlassungsbehörde

¹ Die Militärpflichtersatzabgaben werden von der kantonalen Militärpflichtersatzverwaltung veranlagt. Für die Veranlagung der Abgaben von Ersatzpflichten mit Wohnsitz in der Schweiz kann die Veranlagungsbehörde den Sektionschef und weitere Vertreter der Gemeinde beiziehen.

Art. 4 * Mitwirkung der Gemeinden und der Steuerverwaltung

¹ Die Gemeinden und die kantonale Steuerverwaltung sind verpflichtet, die für die Festsetzung der Ersatzabgabe erforderlichen Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

¹⁾ BG siehe SR [661](#); BrVV dazu siehe SR [661.1](#)

²⁾ BR [110.100](#)

³⁾ B vom 31. März 1960, 19; GRP 1960, 132

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Art. 5 * Rechtsschutz

¹ Für die Beurteilung von Beschwerden gegen Einspracheentscheide der Veranlagungsbehörde ist das Verwaltungsgericht zuständig.

Art. 6 * Verfahrensvorschriften

¹ Für das Veranlagungs-, Einsprache-, Beschwerde- und Erlassverfahren gelten, soweit das Bundesrecht oder die vorliegende Verordnung nichts anderes vorschreibt, sinngemäss die Bestimmungen des kantonalen Steuergesetzes¹⁾.

Art. 7 * Bezugsbehörde

¹ Die kantonale Militärpflichtersatzverwaltung besorgt den Einzug der Ersatzabgaben.

Art. 8 * ...

Art. 9 * Erlass

¹ Über den Erlass von Ersatzabgaben, Kosten und Bussen entscheiden nach den bundesrechtlichen Vorschriften:

- a) die kantonale Militärpflichtersatzverwaltung bis zum Betrag von 1000 Franken;
- b) * das Militärdepartement für höhere Beträge.

Art. 10 Sicherstellungsverfügung, Arrestbefehl und Widerhandlungen

¹ Für den Erlass von Sicherstellungsverfügungen und Arrestbefehlen sowie für die Einleitung der Schuld- und Arrestbetreibung ist die kantonale Militärpflichtersatzverwaltung zuständig.

Art. 11 * Verfolgung und Beurteilung von Widerhandlungen

¹ Die Zuständigkeit und das Verfahren für die Verfolgung und Beurteilung von Widerhandlungen im Sinne der Bundesgesetzgebung über den Militärpflichtersatz richtet sich nach dem Bundesrecht.

Art. 12 Nachveranlagung der Ersatzabgabe

¹ Die Nachforderung einer zu Unrecht nicht erhobenen oder zu Unrecht erstatteten oder erlassenen Ersatzabgabe ist durch Veranlagungsverfügung der kantonalen Militärpflichtersatzverwaltung geltend zu machen.

¹⁾ BR [720.000](#)

² Die kantonale Militärpflichtersatzverwaltung führt die erforderliche Untersuchung durch. Es stehen ihr alle Feststellungsmittel des Veranlagungsverfahrens zur Verfügung.

Art. 13 Prüfung der Rechnungsführung

¹ Die kantonale Finanzkontrolle prüft die Rechnungsführung der kantonalen Militärpflichtersatzverwaltung.

Art. 14 Ausführungsbestimmungen der Regierung

¹ Die Regierung regelt die Obliegenheiten der kantonalen Amtsstellen, die beim Vollzug des Bundesgesetzes über den Militärpflichtersatz durch die kantonale Militärpflichtersatzverwaltung mitzuwirken haben.

² Sie erlässt die weiteren Ausführungsbestimmungen.

Art. 15 * Dienstinstruktion für die Sektionschefs

¹ Der Kreiskommandant erlässt für die Sektionschefs eine Dienstinstruktion.

Art. 16 Schlussbestimmungen

¹ Die Vollziehungsverordnung tritt mit dem Bundesgesetz über den Militärpflichtersatz auf den 1. Januar 1960 in Kraft.

² Gleichzeitig wird die Vollziehungsverordnung über Anlage und Bezug des Militärpflichtersatzes vom 22. November 1934¹⁾ aufgehoben, soweit sie nicht für den Vollzug des Übergangsrechtes gemäss Artikel 49 Absatz 2 und 3 des Bundesgesetzes Anwendung finden muss.

¹⁾ aRB 1140

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	AGS Fundstelle
24.05.1960	01.01.1960	Erlass	Erstfassung	-
19.02.1975	01.03.1975	Art. 3	totalrevidiert	-
19.02.1975	01.03.1975	Art. 4	totalrevidiert	-
26.02.1990	01.09.1990	Art. 7	totalrevidiert	-
26.02.1990	01.09.1990	Art. 8	aufgehoben	-
26.02.1990	01.09.1990	Art. 9	totalrevidiert	-
26.02.1990	01.09.1990	Art. 15	totalrevidiert	-
31.08.2006	01.01.2007	Art. 5	totalrevidiert	2006, 5020
31.08.2006	01.01.2007	Art. 6	totalrevidiert	2006, 5020
31.08.2006	01.01.2007	Art. 9 Abs. 1, b)	geändert	2006, 5020
16.06.2010	01.01.2011	Art. 11	totalrevidiert	2010, 4806

Änderungstabelle - Nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	AGS Fundstelle
Erläss	24.05.1960	01.01.1960	Erstfassung	-
Art. 3	19.02.1975	01.03.1975	totalrevidiert	-
Art. 4	19.02.1975	01.03.1975	totalrevidiert	-
Art. 5	31.08.2006	01.01.2007	totalrevidiert	2006, 5020
Art. 6	31.08.2006	01.01.2007	totalrevidiert	2006, 5020
Art. 7	26.02.1990	01.09.1990	totalrevidiert	-
Art. 8	26.02.1990	01.09.1990	aufgehoben	-
Art. 9	26.02.1990	01.09.1990	totalrevidiert	-
Art. 9 Abs. 1, b)	31.08.2006	01.01.2007	geändert	2006, 5020
Art. 11	16.06.2010	01.01.2011	totalrevidiert	2010, 4806
Art. 15	26.02.1990	01.09.1990	totalrevidiert	-

